

Auswertung des Wahlprogramms der SPD zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 06.09.26

„Mit Herz, Haltung und Zuversicht.“

1. Bildungspolitische Vorhaben

• **Aussagen zu Schulen in freier Trägerschaft:**

„Freie Schulen mit unterschiedlichen pädagogischen Konzepten bereichern die Schullandschaft. Ihre Finanzierung wird partnerschaftlich vereinfacht und von übermäßigen Berichtspflichten und Verwaltung entlastet.“

- Sonstige bildungspolitische Vorhaben:
 - **Frühkindliche Bildung:** Übergang von der Kita in die Grundschule soll gemeinsam gestaltet werden durch verbindliche Kooperationen, frühere und koordinierte Schuleingangsphasen sowie eine stärkere Sprachförderung, um Unterstützungsbedarfe rechtzeitig zu erkennen
 - angestrebt wird eine verlässliche Unterrichtsversorgung durch ein umfassendes Programm zur Absicherung der Unterrichtsbedarfe; in der Grundschule soll für Rechnen, Lesen und Vorlesen ebenso wie für Üben und Wiederholen mehr Zeit im Stundenplan vorgesehen werden; ggf. auch mehr Angebote zum Erlernen der Erst- und Zweitsprache
 - mittelfristig wird ein **System mit zwei weiterführenden Schulformen** angestrebt: **Gymnasium und Gemeinschaftsschule**
 - Schulstandorte im ländlichen Raum sollen erhalten und weiterentwickelt werden
 - über ein Landesschulbauprogramm sollen „unsere Schulen“ barrierefrei und fit für die Zukunft gemacht werden (z.B. auch durch Beschattung und Kühlung der Unterrichtsräume, Schulhöfe und Sporthallen)
 - Festhalten an der universitären Ausbildung aller Lehrämter mit den aktuellen Wahlmöglichkeiten im Umfang von 1.200 Studienplätzen; das duale Studium + Praxisanteile in der Lehramtsausbildung sollen ausgebaut und der Vorbereitungsdienst weiterentwickelt werden
 - Seiteneinsteigende sollen qualifiziert begleitet und fair bezahlt werden (inkl. Bewährungsaufstieg)
 - ältere Lehrkräfte sollen wieder Ermäßigungsstunden erhalten

- es sollen multiprofessionelle Teams eingesetzt werden: Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, (förder-)pädagogische Fachkräfte + Fachkräfte für Verwaltung und digitale Ausstattung
- bei einem Wegfall der EU-Mittel ab 01.08.28 soll Schulsozialarbeit dauerhaft über Landesmittel finanziert und ausgebaut werden
- für Lehrkräfte soll ein faires Arbeitszeitmodell eingeführt und deren Arbeitszeit zunächst über ein Modellprojekt erfasst werden
- digitale Lernmittel, Medienbildung + barrierefreie Systeme sollen weiter ausgebaut werden; digitale Werkzeuge sollen Lehrkräfte entlasten; der Zugang zu Social-Media-Angeboten für Kinder und Jugendliche soll stärker reguliert werden („altersdifferenziertes Modell“)
- es soll eine fokussierte Schullaufbahnpflicht erfolgen, der Elternwille aber maßgeblich bleiben
- Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen erhalten gezielte sachliche und personelle Unterstützung
- auch für digitale Endgeräte soll Lernfreiheit bestehen
- Inklusion ist Maßstab schulischer Entwicklung; Ziel ist es, gemeinsames Lernen zu ermöglichen, nicht zu verhindern → dafür soll es zusätzliche Lehrerstunden geben sowie Assistenz, Förderpädagogik und Beratung gestärkt werden
- auch Förderschulen sollen weiterentwickelt werden, u.a. durch Kooperationsklassen für das Erreichen des Ersten Schulabschlusses und durch verbindliche Ganztagsangebote
- öffentliche Schulen erhalten mehr Freiräume für eigenverantwortliche pädagogische Entwicklung; Schulleitungen sollen dafür ein eigenes Budget sowie Angebote zur Begleitung und Qualifizierung erhalten
- Bildungseinrichtungen sollen Orte gelebter Demokratie bleiben, die Mitbestimmung von Schülern + politische Bildung sollen gestärkt werden
- es soll ein langfristiges Bildungsmonitoring zur Erhebung vergleichbarer Daten eingeführt werden; Unterrichtsqualität und Schülerleistungsdaten sollen regelmäßig – beginnen ab der Grundschule – ermittelt und verglichen werden → hieraus sollen gezielte Unterstützungsangebote für Schulen entwickelt werden
- praxisorientierte Alternativen zum berufsvorbereitenden Jahr sollen ausgebaut werden
- eingeführte Kurse der „Blaulichtorganisationen“ sollen fortgeführt werden
- Grundbildung und Alphabetisierung sollen auch **im Bereich der Erwachsenenbildung** weiter verlässlich finanziert werden

- das **Sondervermögen des Bundes** soll transparent und wirkungsorientiert eingesetzt werden, ein **Hauptschwerpunkt soll hierbei die Modernisierung der Bildungsinfrastruktur sein**
- das Netz der berufsbildenden Schulen wird gesichert
- Bildungserfolg darf nicht davon abhängen, in welchem Bundesland ein Kind aufwächst

2. Arbeitsförderung, Integration und Bürokratieabbau

- Wirtschaftspolitik soll insbesondere bei Kleinbetrieben und Solo-Selbständigen die besonderen Rahmenbedingungen berücksichtigen, soziale Absicherung und Vorsorge stärken, für faire Vergabe- und Zahlungsbedingungen sorgen, Qualifizierungsangebote öffnen sowie Beteiligung und Sichtbarkeit verbessern
- Wirtschaftspolitik, Energiepolitik und Strukturwandel gehören zusammen: Sachsen-Anhalt soll industriell stark bleiben, Innovationen ermöglichen und den Wandel sozial absichern
- Gesetze sollen darauf geprüft werden, ob sie zusätzliche Berichtspflichten für Betriebe schaffen; Doppelbelastungen durch europäische, bundes- und landesrechtliche Vorgaben sollen reduziert werden; Dokumentationspflichten sollen vereinfacht oder abgeschafft werden
- Förderprogramme sollen durch geringere Antragsanforderungen und digitale Nachweisverfahren zugänglicher gestaltet werden
- Sachsen-Anhalt soll Standort für Zukunftsindustrien bleiben – von erneuerbaren Energien wie Windkraft über Wasserstoff und Batterietechnologien bis zur digitalen Wirtschaft
- in neue Arbeitsplätze, Umschulungen und regionale Wirtschaftszentren soll gezielt investiert werden, vor allem in ehemaligen Bergbauregionen
- moderne Schulen, starke Berufsschulen, kostenfreie Bildung sowie Aus- und Weiterbildung sind zentrale Bausteine für qualifizierte Fachkräfte
- zugleich ist Sachsen-Anhalt auf Fachkräfte aus Europa und der Welt angewiesen
- zentrale Aufgabe ist es, alle vorhandenen Potenziale zu nutzen, Qualifikationen zu sichern und neue Fachkräfte zu gewinnen: Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Qualifizierungspolitik sowie Zuwanderung gehören dabei untrennbar zusammen
- **Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung, Alleinerziehende, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Frauen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien sowie Menschen mit Behinderungen sollen durch individuelle, bedarfsgerechte Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote besser erreicht werden**

- eine regionalisierte Arbeitsmarktpolitik bleibt unverzichtbar; Beschäftigte, die durch Strukturwandel ihren Arbeitsplatz verlieren, brauchen schnelle, passgenaue und regionale Unterstützungsangebote, um Qualifikationen zu erhalten oder neu zu erlangen
- **der Zugang von Gewerkschaften zu allgemein- und berufsbildenden Schulen soll ermöglicht werden**
- **das Landesprogramm BRAFO soll fortgeführt, weiterentwickelt und auf alle weiterführenden Schulen ausgeweitet werden, ebenso die Einstiegsqualifizierung und die assistierte Ausbildung**
- es soll ein solidarisches Finanzierungssystem (Ausbildungsfonds) entwickelt werden, in das alle Unternehmen einzahlen
- für Auszubildende soll das Deutschlandticket und der Führerscheinwerb vergünstigt werden
- die (vom Land gezahlte) Praktikumsprämie für junge Menschen soll auf alle Berufe, insbesondere in den Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufen ausgeweitet werden; Pflichtpraktika in Ausbildung, Umschulung und Studium sollen vergütet werden
- Weiterbildung gewinnt angesichts von Digitalisierung, technologischem Wandel + neuen Arbeitsformen weiter an Bedeutung; **die Förderung individueller und betrieblicher Weiterbildung wird fortgesetzt**
- die Beratungsstruktur von „Fachkraft im Fokus“ soll dauerhaft gesichert werden
- die Grundsicherung ist Instrument der Aktivierung, Qualifizierung und Vermittlung; Jobcenter sollen so ausgestattet sein, dass sie individuelle Förderangebote machen und Menschen nachhaltig in Arbeit bringen können
- Übergänge von Menschen, die in Behindertenwerkstätten arbeiten, in den ersten Arbeitsmarkt sollen rechtlich und organisatorisch erleichtert werden; die Reform der Eingliederungshilfe soll verstetigt, Vereinbarungen im Landesrahmenvertrag regelmäßig überprüft werden
- **Migration** soll geordnet, gestaltet und integrationsorientiert erfolgen; **Sprache ist der Schlüssel zur Integration:** Sprachkurse müssen frühzeitig verfügbar sein; **wo Bundesangebote nicht ausreichen, ergänzt das Land die Sprachförderung**
- bürokratische Abläufe von der Anwerbung bis zur Arbeitsaufnahme sollen vereinfacht werden, die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigt werden; das Job-Buddy-Programm soll aufgelegt werden
- das Welcome Center soll zu einer Agentur zur Gewinnung und Integration ausländischer Fachkräfte weiterentwickelt werden

- Europäische Fonds wie EFRE, ELER und ESF sollen erhalten bleiben, dafür soll sich Sachsen-Anhalt auf europäischer Ebene einsetzen
- **die EU-Förderperiode 2028 – 2034 soll frühzeitig gestartet, Übergangsfinanzierungen für laufende Projekte gewährleistet werden; die Strukturförderprogramme sollen weiterhin von Ländern und Kommunen gesteuert werden, eine zentrale Verteilung über den Bundeshaushalt lehnt Sachsen-Anhalt ab**
- Förderprogramme sollen vereinfacht, stärker pauschaliert und an Meilensteine geknüpft werden; EU-Vorgaben sollen in Sachsen-Anhalt sachgerecht umgesetzt werden – ohne nationale Draufsattelungen, die Bürokratie erhöhen und Praxis erschweren

3. Ausbildungen in Gesundheits- und Sozialberufen

- die SPD setzt auf die Schulgeldfreiheit in allen Gesundheitsberufen und die Zahlung von Ausbildungsvergütungen
- ab 2027 soll der neue Beruf der Pflegeassistenz in Sachsen-Anhalt angeboten werden
- es soll eine Fachkräfteoffensive für Heilerziehungspfleger*innen stattfinden, um die Ausbildung in der Heilerziehungspflege strukturell aufzuwerten
- der tatsächliche Personalschlüssel in der Arbeit mit Kindern soll schrittweise verbessert werden, wobei Kitas mit besonderen sozialen Herausforderungen zusätzliche Unterstützung erhalten sollen